

AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
 Direktor des HWWI, Professor
 an der Universität Hamburg, zu-
 rückgekehrt nach Hamburg im
 August 2010 nach einem halb-
 jährigen Forschungsaufenthalt
 als erster Helmut Schmidt-Fel-
 low an der Transatlantic Aca-
 demy in Washington, DC.

USA

Amerikas europäische Krankheit

Keine Frage: Das vergangene Jahrhundert war das Zeitalter Amerikas. Die USA sind in kurzer Zeit aus dem Nichts zum politisch mächtigsten und wirtschaftlich stärksten Land der Erde aufgestiegen. Doch die Finanzkrise und die anschließende Rezession lassen nun Zweifel aufkommen: Beobachten wir gerade den Anfang vom Ende des amerikanischen Zeitalters?

Der feste Glaube an die individuelle Leistungsfähigkeit, an Ideen, Mut, Willen und die eigene Kraft haben die USA nach ganz oben gebracht. Der amerikanische Traum versprach jedem die Chance aufzusteigen – sprichwörtlich vom Tellerwäscher zum Millionär. Das Streben jedes einzelnen nach Glück wurde als entscheidende Grundlage für gesellschaftliches Wohlergehen verstanden, und nicht der Staat, der den Menschen etwas Gutes tut und wohlwollend für seine Untertanen sorgt. Und schon gar nicht der Sozialstaat, der für seine Bürger Sicherungsnetze ausbreitet.

Im amerikanischen System war jeder für sich selbst und die Seinen verantwortlich – in guten wie in schlechten Zeiten. Niemand durfte mit staatlicher Hilfe rechnen. Auch nicht der Tellerwäscher, der es nicht schaffte und zum Obdachlosen wurde.

Die Finanzkrise hat den amerikanischen Traum für viele US-Bürger zum Alptraum werden lassen. Millionen Amerikaner haben hohe Schulden. Nicht nur, weil sie im Überschwang überteuerte Häuser gekauft haben und die Hypotheken nun nicht mehr bedienen können. Oft müssen auch Kredite zurückbezahlt werden, die in besseren Zeiten für Autos, Möbel und elektronische

Geräte, aber auch für Studiengebühren aufgenommen wurden. Aus dem »Leben auf Pump« ist für viele ein »Leben auf Sicht« geworden. Unsicherheit und Ungewissheit rauben vielen Familien den Schlaf.

Die konjunkturellen Zahlen dokumentieren die Misere. Nach einem recht guten Jahresbeginn hat sich die ökonomische Erholung in den USA deutlich verlangsamt. Es gibt kaum neue Jobs, die offizielle US-Arbeitslosenquote verharrt bei hohen 9,5 Prozent. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit dürfte fast doppelt so hoch sein – unter anderem wegen der vielen Amerikaner, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten oder wegen der Millionen Menschen, die in Gefängnissen sitzen.

Besonders beunruhigend ist das für die USA völlig untypische Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Zahl der Menschen, die länger als ein halbes Jahr ohne Arbeit bleiben, ist mit der Rezession geradezu explodiert: von etwas mehr als einer Million auf 6,8 Millionen. Das traditionelle Hire and Fire ist zu einer Einbahnstraße verkümmert. Jetzt gibt es fast nur noch Entlassungen und kaum Neueinstellungen.

Auch der Staat leidet. Die überschuldeten öffentlichen Haushalte können immer weniger Geld ausgeben. Straßen voller Schlaglöcher kannte man schon vor der Krise, ebenso tagelange Stromunterbrechungen oder sonstige Mängel bei der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung. Neu aber ist, dass es in einigen Städten Amerikas ganz absichtlich dunkel bleibt. So wird in Colorado Springs, mit rund 400.000 Einwohnern immerhin die zweitgrößte Stadt des US-Bundesstaates Colorado, ein Drittel

der Straßenbeleuchtung abgeschaltet, um Steuergelder zu sparen.

Auch sonst kennt die Sparwut der öffentlichen Haushalte keine Tabus mehr. Schulen bleiben geschlossen und Lehrkräfte werden entlassen. Straßen verlottern und Parkanlagen verrotten.

Offenbar findet die amerikanische Wirtschaft nach der schärfsten Krise der Nachkriegszeit nicht so rasch zur alten Dynamik zurück, wie das bei früheren Rezessionen der Fall war. Einige Ökonomen warnen vor einem Double-Dip, also einem erneuten Abrutschen in die Rezession. Entsprechend radikal sind die Vorschläge, um dieses Worst-Case-Szenario zu verhindern.

In seiner weltweit beachteten Freitagskolumne in der »New York Times« hat der Wirtschaftsnobelpreisträger und Obama-Berater Paul Krugman jüngst gefordert, alles auf eine Karte zu setzen: Regierung und Notenbank müssten noch ein Konjunkturprogramm auflegen – und damit erneut in das Wirtschaftsleben eingreifen. Von der Zentralbank (Fed) verlangte Krugman den weiteren massiven Kauf von Staatspapieren und Unternehmensanleihen sowie eine Ankündigung, erstens die Zinsen noch lange auf sehr tiefem Niveau zu belassen, dafür aber zweitens mittelfristig eine höhere Inflationsrate in Kauf zu nehmen. Die Obama-Regierung solle außerdem die beiden staatlich kontrollierten Immobilienbanken Fannie Mae und Freddie Mac stärker als bisher nutzen, um in Not geratenen, überschuldeten Hausbesitzern zu billigen Krediten zu verhelfen.

Als hätte er die Krugman-Kolumne als Grundlage für seine Rede genommen, kündigte US-Notenbankchef Ben Bernanke am Freitag tatsächlich genau das an, was der »New York Times«-Kolumnist gefordert hatte: Die Fed sei zum Eingreifen bereit. Bei Bedarf werde sie die lahrende US-Wirtschaft mit weiteren Geldspritzen reanimieren. Und Präsident Obama legte am Dienstag nach: Seine Regierung werde ein neues Konjunkturpaket auflegen.

Aus dem Verhalten der amerikanischen Regierung und der US-Notenbank wird eines klar: Man sucht die Genesung nicht etwa in einer Rückbesinnung auf die uramerikanischen Tugenden. Barack Obama strebt nicht nach einer Entfesselung von Marktkräften, wie das einst Ronald Reagan in einer ebenfalls kritischen Phase der amerikanischen Geschichte Anfang der achtziger Jahre getan hat. Im Gegenteil: Getrieben von seiner eigenen Überzeugung und beraten durch staatsgläubige Ökonomen, hat Obama einen Weg eingeschlagen, der weit weg führt von dem, was Amerika im vergangenen Jahrhundert an die Spitze der Welt katapultiert hatte.

Die amerikanische Politik von heute setzt auf mehr Staat – und nicht auf Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Sie verabreicht dem Patienten noch einmal mehr und nicht etwa weniger von genau jenem Mittel, das zur Krise geführt hat.

Dabei hatte der Absturz seine Ursache auch in einer Politik des billigen Geldes. Wenn die Zinsen so niedrig bleiben wie bisher, wird sich der Staat immer weiter verschulden. Eines Tages werden diese Schulden von heute mit Zinsen und Zinseszinsen zurückzahlen sein. Das wird Steuererhöhungen zur Folge haben, was den Lohn harter eigener Arbeit schmälern wird. Außerdem machen die niedrigen Zinsen das private Sparen unattraktiv – und verhindern damit den Ausstieg aus dem Leben auf Pump.

Es sind nicht nur wohlhabende Republikaner, die Barack Obama nun Verrat an amerikanischen Idealen vorwerfen. Man muss auch nicht so weit gehen, wie konservative Eiferer der Tea-Party-Bewegung. Sie erkennen in der staatlichen Krisenbekämpfung einen hinterlistigen Angriff dunkler Mächte auf die Freiheit der USA, Barack Obama gilt ihnen als williger Vollstrecker der Feinde Amerikas.

Aber die Abkehr von einer Politik des American Way, der die USA zur mit Abstand führenden Wirtschaftsmacht gemacht hat, verunsichert zusehends auch wohlmei-

nende Beobachter. Sie fragen sich: Wieso soll sich der Staat um den wirtschaftlichen (Miss-)Erfolg oder die Gesundheit einzelner kümmern? Wieso soll der eine für das Unglück oder die Krankheiten anderer zahlen?

Maximiere die individuelle Freiheit und minimiere den staatlichen Einfluss, das war das so erfolgreiche oberste Gebot amerikanischen Glaubens. Entsprechend müssten eigenverantwortliches Tun oder Lassen die Regel und staatlicher Zwang die ungeliebte Ausnahme bleiben. Doch davon kann derzeit keine Rede sein.

Damit stellt sich eine entscheidende Frage: Leidet die amerikanische Wirtschaft vielleicht weniger an einer Konjunkturschwäche - sondern an einem viel dramatischeren strukturellen Problem? Die Vermutung liegt nahe, dass ihr die Überzeugung an amerikanische Grundsätze verlorengegangen ist. Dass man den Selbstheilungskräften des privaten Sektors nicht mehr traut. Dass typische amerikanische Prinzipien nicht mehr gelten. Dass Rezepte wie Selbsthilfe und Selbstregulierung nicht mehr zur Anwendung kommen.

Eine Strategie hingegen, die den amerikanischen Patienten mit mehr Staat behandeln will, ist riskant. Denn diese Therapie entspricht nicht dem amerikanischen Selbstverständnis.

In Europa ist der Staat das Ergebnis eines jahrhundertelangen Ringens relativ homogener Gesellschaften. Der Staat hat immer eine tragende Rolle gespielt. Deshalb gibt es auch eine breite Mehrheit, die einer staatlichen Wirtschaftspolitik wohlwollend gegenübersteht, gerade in schwierigen Zeiten einer Rezession. Und der gegenwärtige Erfolg bei der Krisenbewältigung gibt den Europäern ja auch recht – die deutsche Wirtschaft wächst in diesem Jahr wohl stärker als die amerikanische. In Europa schlägt die staatliche Medizin also gut an.

Doch was für Europa und Deutschland gut sein mag, passt nicht automatisch zu den

USA. Die Siedler der Neuen Welt haben alles abgelehnt, was auch nur den Anschein von staatlicher Autorität beanspruchte. Sie waren Europa entflohen, um die Freiheit zu erlangen. Das einzige gemeinsame Ziel der Einzelgänger war, die individuellen Freiheitsrechte zu sichern, also die Freiheit, selbständig entscheiden und eigenverantwortlich handeln zu können, zu reden, zu schreiben und zu glauben. Der gemeinsame Staat wurde nur als notwendiges Mittel zur Erfüllung dieses einen Zwecks gesehen. Mehr als Frieden, Freiheit und Sicherheit zu garantieren, sollte der Staat nicht leisten. Wirtschaftlicher Wohlstand wurde als Aufgabe des Einzelnen verstanden.

Nimmt man den Amerikanern diesen Glauben, zerstört man die Klammer, welche die heterogene amerikanische Gesellschaft zusammenhält. Es können Konflikte aufbrechen zwischen verschiedenen Teilen

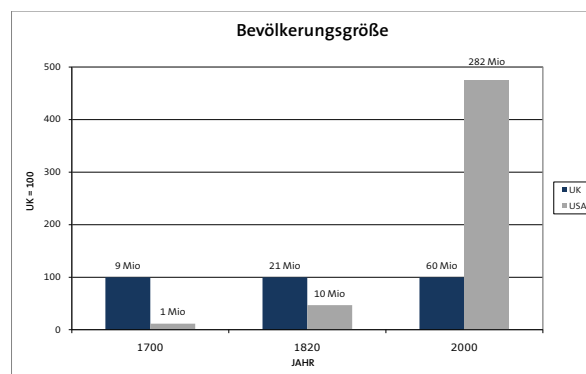
der Einwanderungsgesellschaft, die unterschiedlich längst vorhanden sind.

Wirklich helfen dürfte dagegen eine Rückbesinnung auf den American Way, der die USA in der Vergangenheit so stark gemacht hat. Wie erfolgreich dieses Modell war, zeigt ein kurzer Blick in die Geschichte: 1820 war die Bevölkerungszahl in Großbritannien doppelt so hoch wie in den USA, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) war dreimal so hoch und das durchschnittliche Wohlstandsniveau (gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) war ein Viertel höher. Heute leben rund fünfmal mehr Menschen in den USA als in Großbritannien, die amerikanische Leistungsfähigkeit ist rund siebenmal höher als die britische und dem durchschnittlichen Amerikaner geht es materiell etwa 50 Prozent besser als dem Briten.

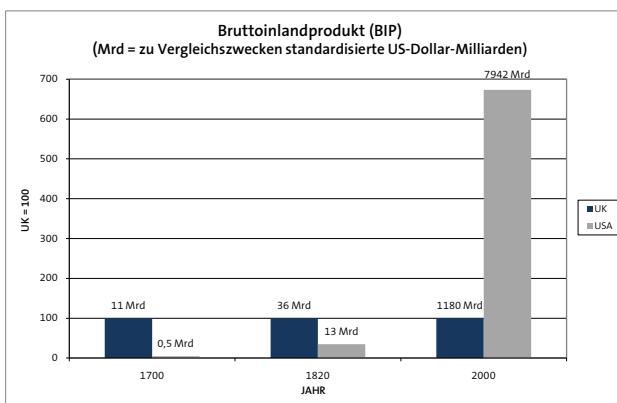
Was also ist zu tun? Es wäre klüger, den Fahrstuhl zu reparieren, der den Aufstieg von ganz unten nach ganz oben ermöglicht, anstatt einen europäischen Neubau auf amerikanischem Boden errichten zu wollen. Entweder folgen die USA dem durch gemeinsame Vergangenheit, ökonomischen Erfolg und stetigen Fortschritt gekennzeichneten American Way, oder die USA provozieren mit einem wesensfremden europäischen Weg erst wirtschaftliche und dann gesellschaftliche Spannungen.

Gelingt die Umkehr, besteht Hoffnung. Andernfalls geht das amerikanische Zeitalter in der Tat zu Ende.

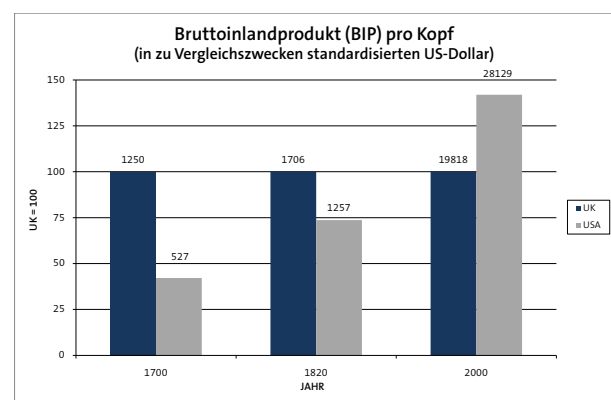
Dieser Beitrag ist am 2. September 2010 auf Spiegel Online (www.spiegel.de) erschienen.



Quelle: HWWI mit Daten von OECD (Angus Maddison) (2006): The World Economy, Paris.



Quelle: HWWI mit Daten von OECD (Angus Maddison) (2006): The World Economy, Paris.



Quelle: HWWI mit Daten von OECD (Angus Maddison) (2006): The World Economy, Paris.